

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke Mitte

Kreis Freundes

Ausgabe 21

Dezember 2014

SPD Betriebsgruppe „Öffentlicher Dienst“ gegründet



von Roger Podstatny

„Es ist gelungen, eine **SPD-Betriebsgruppe „Öffentlicher Dienst“ zu gründen. Neben den schon lange bestehenden AfA-Betriebsgruppen Flughafen Frankfurt und Industriepark Höchst und ist sie nun die dritte im Frankfurter**

Stadtgebiet“, freut sich Roger Podstatny, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Frankfurter SPD.

Als Vorsitzender der Betriebsgruppe wurde Thomas Waldherr gewählt. Er ist als Journalist und PR-Referent seit 1999 im Presseamt der Stadt Frankfurt tätig. Die Schaffung eines breiten Netzwerkes in der Stadtverwaltung und in den Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt beteiligt ist, wird eine der ersten Aufgaben der Betriebsgruppe sein, so Thomas Waldherr.

Kerngeschäft dieser Gruppe – ähnlich wie der anderen Betriebsgruppen - sind die Anliegen der Beschäftigten im Organisationsbereich. Betriebs- und Personalräte ebenso wie Gewerkschafter sind zu dem öffentlichen Teil der angekündigten Vorstandssitzungen grundsätzlich eingeladen und aufgefordert, sich in die

Diskussionen mit ihren Sichtweisen und Standpunkten einzubringen. Die konstituierende Sitzung des Vorstandes der neuen Betriebsgruppe findet am 21. Januar 2015 statt. Ort und Uhrzeit sind der AfA-Homepage zu entnehmen. Die Einrichtung von Betriebsgruppen im Organisationsverbund der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen als zweitem Organisationselement in der SPD neben den Ortsvereinen geht auf eine Initiative von Herbert Wehner im Jahre 1973 zurück, um den Interessen der Arbeitnehmer in der SPD ein schärferes Profil zu verleihen.

Inhalt

SPD Betriebsgruppe „Öffentlicher Dienst“ gegründet Seite 1

Im TTIP steckt eine Chance – aber ein Pakt des internationalen Kapitals zu Lasten der nationalen Demokratien kann uns gestohlen bleiben! Seite 2

Angebote erhalten - Tarifgerechte Bezahlung sicherstellen - Personalkosten ausgleichen Seite 3

SPD dankt Brückenbauverein für Wiederaufstellung Karls des Großen auf der Alten Brücke Seite 4

Weihnachtswünsche Seite 4



Die AfA gilt als besonders gewerkschaftsnah, basisdemokratisch und politisch aufgeschlossen. Sie versteht sich somit als „Scharnier“ zwischen Gewerkschaften und SPD, und sie

will ihren Standpunkt durch inner- und außerparteiliche Diskussionen zur Geltung bringen. In der AfA engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmer/innen, aktive Gewerkschafter/innen, Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter/innen, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Vertreter/innen sozialpolitischer Interessenorganisationen, aber auch Nicht-SPD-Mitglieder. Ihr gemeinsames Ziel: In und mit der SPD für die Schaffung existenzsichernder und sozial abgesicherter Arbeitsplätze einzutreten, die Errungenschaften des Sozialstaates zu sichern und sich den Herausforderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt zu stellen.

Im TTIP steckt eine Chance – aber ein Pakt des internationalen Kapitals zu Lasten der nationalen Demokratien kann uns gestohlen bleiben!



von Oliver Strank

Wer sich mit dem geplanten Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen Europa und den USA beschäftigt und sich einen Überblick über den aktuellen Stand der Verhandlungen verschaffen will, stößt bereits auf den ersten Makel: Die grundlegenden

Verhandlungsdokumente des TTIP bleiben den Bürger/inne/n Europas, also dem europäischen Souverän, noch immer verborgen. Trotz einzelner Fortschritte in Sachen Transparenz – wie etwa die Veröffentlichung des TTIP-Verhandlungsmandats im Oktober 2014 – bleibt eine echte und transparente öffentliche Debatte über die Inhalte des TTIP noch immer ein frommer Wunsch. Es ist daher zu begrüßen, dass die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sich auch in Zukunft für mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen einsetzen und fordern, dass grundlegende Verhandlungsdokumente ins Internet gestellt werden sollen.

Keine Frage: Der Blick in die Geschichte der bisherigen Freihandelsabkommen zeigt, dass sie positive Effekte für den Wohlstand nicht nur ganzer Volkswirtschaften, sondern auch für deren einzelne Bürger haben können. Deshalb steckt in der Stärkung des Freihandels zwischen der EU und den USA eine Chance – aber TTIP des internationalen Kapitals zu Lasten der nationalen Demokratien kann uns gestohlen bleiben! Ja, die Abschaffung bestimmter überflüssiger Handelshemmnisse kann positive wirtschaftliche Effekte haben und womöglich gar zur Reindustrialisierung Europas beitragen. Und ja, das TTIP bietet die Chance, durch einheitliche transatlantische Regeln die Abwärtsspirale bei den Lohn- und Arbeitsstandards, die so oft mit der angeblichen Wettbewerbssituation gerechtfertigt wird, endlich zu durchbrechen.

Aber beim TTIP geht es nicht im Kern um die Aufhebung von Zöllen und Importverboten wie in klassischen Freihandelsabkommen. Es geht auch im Kern schon gar nicht um die berühmten Chlorhühnchen. Es geht im Kern um innerstaatliche Gesetze, um Regulierungen und Subventionen, die in demokratischen Parlamenten in Europa im Interesse der Bürger/innen verabschiedet wurden und die nun nach dem Willen des TTIP unter bestimmten Voraussetzungen wieder einkassiert werden können – ohne jede demokratische Entscheidung! Und was da an dürftigen Informationen bisher durchgesickert ist, verheißt nichts Gutes: Es geht im Kern darum, dass nach dem Willen des TTIP z.B. ein amerikanischer Verlag, der auf die Buchpreisbindung trifft, mit der wir unsere Verlagsvielfalt schützen wollen, verlangen kann, dass ihm die gleichen Subventionen gezahlt werden – oder ersatzweise sämtliche Subventionen gestrichen werden. Noch demokratiefeindlicher ist jedoch der im TTIP angelegte Schutz einer bereits getätigten Investition vor künftiger Gesetzgebung: Für den Fall, dass ein nationales Parlament z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn beschließt, der geeignet ist, die Gewinnerwartung eines Investors zu schmälern, so müsste nach dem TTIP der betreffende Staat dem Investor den entgangenen Gewinn ersetzen. Das wäre aber ein teurer gesetzlicher Mindestlohn! Wenn Inves-

toren nationale Staaten vor geheim tagenden, mit privaten Anwälten besetzten Schiedsgerichten verklagen könnten, deren Urteile vor nationalen Gerichten nicht mehr anfechtbar sind, wäre nicht nur die Demokratie, sondern auch der Rechtsstaat gefährdet. Achtung: Es geht hier nicht um stumpfen Anti-Amerikanismus. Denn das TTIP ist keinesfalls ein Vertrag, den die USA zulasten Europas durchdrücken wollen. Stattdessen ist das TTIP ein Vertrag, den das internationale Kapital zulasten der nationalen Demokratien und damit letztlich zulasten aller europäischen Bürger und Bürgerinnen abschließen will.

Ja, wir wollen einen freien Handel, aber nicht einen freien Handel um jeden Preis. Und schon gar nicht um den Preis, dass nationale Parlamente – und damit letztlich wir Bürger/innen Europas – unfreie Sklaven des internationalen Kapitals sogar dann werden, wenn nationale Gemeinwohlinteressen auf dem Spiel stehen. Grundlegende Werte dürfen unter keinen Umständen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Ein gutes Handelsabkommen muss nachhaltiges Wirtschaften stärken und das Gemeinwohl aller Menschen fördern. Der transatlantische Handel darf nicht nur frei, sondern muss auch fair gestaltet werden!

Angebote erhalten - Tarifgerechte Bezahlung sicherstellen - Personalkosten ausgleichen

von Ursula Busch

Die SPD-Fraktion positioniert sich im Sozial- und Gesundheitsbereich und fordert ein stärkeres Engagement der Stadt Frankfurt für die dort aktiven Träger und Vereine. „Es geht darum, die Angebote zu erhalten und faire Tariflöhne an die Beschäftigten im Sozialbereich zu zahlen,“ so die SPD-Stadtverordnete Ursula Busch.



Der zentrale Haushaltsantrag zum Doppelhaushalt 2015/16 der SPD-Fraktion lautet: „Angebote erhalten - Tarifgerechte Bezahlung sicherstellen - Personalkosten ausgleichen“. Die SPD-Fraktion spricht sich in diesem Haushaltsantrag für eine stärkere Unterstützung der Stadt für die Träger und Vereine aus. Viele Vereine und Träger in den Bereichen Soziales und Gesundheit, aber auch in der Bildung und Integration, Kultur oder Sport haben mit steigenden Personalkosten zu kämpfen. Während die schwarz-grüne Koalition zum Beispiel bei den Städtischen Bühnen die gestiegenen Kosten in Höhe von 3 Millionen € über ihren Zuschuss kompensiert hat, ist für fast alle anderen Zuschussempfänger und Einrichtungen keine zusätzliche finanzielle Unterstützung zur Kompensation von Personalkosten nach Tarifierhöhungen vorgesehen.

Schon jetzt gefährdet diese Haushaltspolitik die Arbeitsfähigkeit der gemeinnützigen Infrastruktur unserer Stadt, wie am Beispiel der Musikschule deutlich wurde. Zahlreiche Träger und Vereine haben erklärt, dass sie dringend auf zusätzliche Mittel angewiesen sind, um die gestiegenen Personalkosten zu kompensieren, andernfalls müssten die Angebote eingeschränkt werden.

„Die gestiegenen Personalkosten durch Tarifierhöhungen können die Träger und Vereine nicht länger alleine stemmen. Daher ist die Stadt Frankfurt in der Pflicht, nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls die städtischen Zuschüsse anzuheben, um die weitere Arbeitsfähigkeit der Träger und Vereine sicherzustellen und eine tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten zu ermöglichen,“ fordert Ursula Busch (SPD). Zumal sowohl der Fachausschuss als auch das Stadtparlament die Träger erst 2012 per Beschluss verpflichtet hätten, eine tarifgerechte Bezahlung ihrer Mitarbeiter anzustreben bzw. sicherzustellen. „Es ist nicht lauter, öffentlich Tariftreue einzufordern und dann den Trägern die dafür erforderlichen Mittel vorzuenthalten“, kritisiert Busch, „solche Taschenspielertricks schaden der sozialen Infrastruktur unserer Stadt.“

SPD dankt Brückenbauverein für Wiederaufstellung Karls des Großen auf der Alten Brücke



von Eugen Emmerling

„Jetzt kommt zusammen, was zusammen gehört“, kommentiert Eugen Emmerling, SPD-Stadtverordneter, der im April 2014 beantragt hatte, das Standbild Karls des Großen wieder auf der Alten Brücke aufzustellen.

„Mein Dank und meine Anerkennung gilt dem neuen Brückenbauverein e.V. für seine großzügige Förderung des Projektes. Selten habe ich aus der Bevölkerung so viel Unterstützung bekommen, wie in diesem Zusammenhang. Dafür bedanke ich mich.“

Die SPD-Fraktion hatte seinerzeit ihren Antrag damit begründet, dass mit der Rückkehr Karls des Großen auf die Alte Brücke einerseits die Bedeutung des Kaisers als Gründerpersönlichkeit Frankfurts unterstrichen werde.

Andererseits werde die Sonderstellung der Alten Brücke, die für die Entwicklung Frankfurts von zentraler Bedeutung sei, betont. „Die Alte Brücke war für Frankfurt immer mehr als nur eine Verkehrsverbindung. Dass auch die geplante Neuaufstellung des Standbildes wie schon die Schenkung 1843 großzügiger Spendenbereitschaft zu verdanken ist“, bezeichnete Eugen Emmerling als „lebendige Tradition Frankfurter Bürgergeistes“.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt: Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

